

Nationaldemokratische Partei Deutschlands

Michael Schnorr Humboldtstrasse 19 42283 Wuppertal

An den
Oberbürgermeister
der Stadt Wuppertal
Herrn Peter Jung
Johannes-Rau-Platz 1

Der Oberbürgermeister

18. NOV. 2010

42275 Wuppertal

1. gesehen
2. an
- 3.



NPD im Rat der Stadt Wuppertal
Michael Schnorr
Humboldtstrasse 19
42283 Wuppertal

Es schreibt Ihnen
Michael Schnorr
npd.ov-wuppertal@arcor.de

Ihre Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen, unsere Nachricht vom

Datum

17. November 2010

ANFRAGE

Kritik des Bundesrechnungshofes an der Ein-Euro-Arbeitsplatzvergabe

Zur Sitzung am
15.12.2010
20.12.2010

Gremium
Hauptausschuss
Rat der Stadt Wuppertal

Anfrage an den Rat der Stadt Wuppertal zu dessen nächster Sitzung am Montag, den 20. Dezember 2010

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Bundesrechnungshof (BRH) übt in einem internen Bericht scharfe Kritik am bestehenden Hartz-IV-System. Insbesondere bei der Vergabe von Ein-Euro-Jobs wollen die Verfasser eklatante Mängel entdeckt haben. Die Vergabe von Ein-Euro-Jobs durch die Jobcenter würden in der Mehrzahl der Fälle die Chancen von Langzeitarbeitslosen auf dem Arbeitsmarkt nicht erhöhen, heißt es in der Untersuchung, die (u.a.) der Süddeutschen Zeitung (SZ / Montagsausgabe) vorliegt.

Danach würden bei mehr als der Hälfte der geprüften Fälle die Voraussetzungen für eine staatliche Förderung fehlen. Außerdem wird kritisiert, dass Jobcenter nach wie vor meist wahllos Arbeitsgelegenheiten zuwiesen, ohne die Hilfsbedürftigen weiter zu beraten und individuelle Ziele für die Teilnahme festzulegen. Die Rechnungsprüfer bemängeln weiter, dass die Jobcenter bei der Schaffung von Arbeitsgelegenheiten ihre Tätigkeit seit 2005 nicht merklich verbessert hätten.

Scharfe Kritik kam bereits von der arbeitsmarktpolitischen Sprecherin der Linken, Sabine Zimmermann, welche sagte: **"Ein-Euro-Jobs gehören abgeschafft"**.

Auch aus Sicht der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) führt der "moderne Sklavenhandel" der "Ein-Euro-Jobs" in nicht wenigen Fällen dazu, dass "normal beschäftigte" Arbeitnehmer ihre Stelle verlieren.

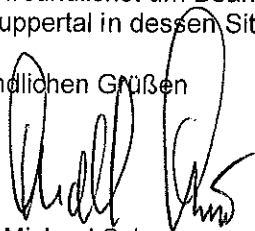
Dies vorausgeschickt, fragt die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) - vertreten im Rat der Stadt Wuppertal - anlässlich der nächsten Ratssitzung am Montag, den 20. Dezember 2010 an:

1. hat der Bundesrechnungshof (BRH) auch die Vergabepaxis vor Ort, d.h. in Wuppertal überprüft?
2. wenn ja, mit welchem Ergebnis?

3. wie viele Bürgerinnen und Bürger führen aktuell einen sog. "Ein-Euro-Job" in Wuppertal aus?
4. wie hat sich diese Zahl in den Jahren 2005 bis 2009 entwickelt?
5. nach welchen Kriterien werden die "Ein-Euro-Jobs" vergeben?
6. wie kümmert sich die ARGE nach der Zuweisung der "Ein-Euro-Jobs" weiter um die Hilfsbedürftigen?
7. werden individuelle Ziele für die Beschäftigten festgelegt?
8. wie viele Ein-Euro-Arbeitskräfte werden zur Zeit von der Stadt Wuppertal, einem Eigenbetrieb der Stadt Wuppertal sowie bei Gesellschaften oder Betrieben, an welchen die Stadt Wuppertal Anteile gleich welcher Höhe hält, beschäftigt?
9. in welchen Arbeitsbereichen ist dies der Fall?
10. Haben die "Ein-Euro-Kräfte" bei der Stadt Wuppertal, einem Eigenbetrieb der Stadt Wuppertal oder bei einer Gesellschaft, Betrieb oder Verein, an welcher die Stadt Wuppertal Anteile gleich welcher Höhe hält, Aussicht auf einen regulären Arbeitsplatz?

Ich bitte freundlichst um Beantwortung meiner Anfrage im Rahmen der Ratssitzung des Stadtrates der Stadt Wuppertal in dessen Sitzung am Montag, den 20. Dezember 2010.

Mit freundlichen Grüßen



Michael Schnorr
Stadtverordneter im Rat der Stadt Wuppertal